Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 172. Sonntag den 21. Juni 1891. 85. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, den 24. Juni 1891, Abends 6½ Uhr, im Sitzungssaale am Naschmarkte.

Tagesordnung:

I. Bericht des Verfassungsausschusses über: a) die Eingabe der Herren Laube und Gen. in Betreff der Getreidezölle; b) ein Vergleichsabkommen in Klagsachen des Herrn Steinsetzermeisters Kunis ./. die Stadtgemeinde als Rechtsnachfolgerin der früheren Gemeinde Connewitz; c) Proceßeingehung auf die Klage des Herrn Rechtsanwalts Rich. Berger als Verwalters in dem Heinold'schen Concurse ./. die Stadtgemeinde.

II. Bericht des Bauausschusses über: a) Ergänzung des elektrischen Beleuchtungsbetriebes in den beiden städtischen Theatern; b) die Rechnung über Einnahmen und Ausgaben beim Neubaue der Bürgerschule im jetzigen Stadtbezirke Volkmarsdorf bis Ende 1889.

III. Bericht des Stiftungs- und Oekonomieausschusses über einen Nachtrag zu Conto 23 des Haushaltplanes für 1891 „D. Friedhöfe in Leipzig-Sellerhausen."

IV. Bericht des Stiftungsausschusses über: a) Specialbudget „Johannishospital" III. Anhang „Filiale an der Riebeckstraße"; b) die Rechnung des Johannishospitales auf das Jahr 1888; c) verschiedene Stiftungsrechnungen.

V. Bericht des Oekonomieausschusses über: Mittheilungen des Rathes zu der zur Beschlußfassung seitens des Collegiums ausgesetzten Position 54 in Conto 10 des Haushaltplanes für 1891.

VI. Bericht des Gasausschusses über: die Rechnung über die Unterstützungscasse für Arbeiter bei der Gasanstalt I auf das Jahr 1889.

VII. Bericht über den Rechnungsabschluß und Betriebsbericht der Gasanstalten auf das Jahr 1888, sowie die Specialrechnungen zur Tabelle X des Betriebsberichtes der Gasanstalten für das Jahr 1888.

Bekanntmachung.

Mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten haben wir beschlossen, nach Maßgabe des Planes Nr. 5561 unseres Riß-Archivs die Fluchtlinien für die über einen Theil der Parcellen Nr. 315, 316, 319 und 320 des Flurbuches für Gohlis anzulegenden Straßen festzustellen.

Dieser Bebauungsplan liegt in unserer Tiefbau-Verwaltung (Rathhaus, Zimmer Nr. 14, II. Stock) vier Wochen vom Ablaufe des Tages nach der Ausgabe der die Einrückung dieser Bekanntmachung enthaltenden Amtsblätter an gerechnet, zu Jedermanns Einsicht aus.

Widersprüche gegen den Plan sind innerhalb dieser Frist bei deren Verlust schriftlich bei uns anzubringen.

Leipzig, am 15. Juni 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ie. 3055/891. Dr. Georgi. Dr. Reblich.

Bekanntmachung.

Von **Mittwoch**, den **24. dss. Monats** ab wird wegen vorzunehmender Pflasterung

die Moritzstraße

in ihrer Ausdehnung von der Rudolph- bis zur Zimmerstraße **auf die Dauer der Arbeiten für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, am 19. Juni 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.

IX. 7854. Dr. Georgi. Leistner.

Die bei dem hiesigen Leihhause in den Monaten Juli, August und September 1890 versetzten oder erneuerten, aber nicht wieder eingelösten Pfänder sollen

vom 3. August 1891 ab

im Erdgeschosse des Leihhauses öffentlich versteigert werden.

Das Einlösen und Versetzen anderer Pfänder findet während der Auction von früh 8 bis Nachmittag 2 Uhr in den gewöhnlichen Räumen statt.

Leipzig, den 19. Juni 1891.

Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

Holz-Auction

auf Naunhofer Staatsforstrevier.
Donnerstag, den 2. Juli dieses Jahres,
von Vormittags 10 Uhr an

sollen folgende auf den Mittelwaldschlägen im Schlangenwinkel Abtheilung 54 und in den Durchforstungen der Abtheilungen 1, 13, 41 und 51 aufbereitete Nutzhölzer, als:

64	Stück eichene Klötzer	von 13—22 cm Stärke, 2—4,5 m Länge,	
261	" " "	" 23—106 cm Stärke, 2—9 m Länge,	
9	" weißbuchene Klötzer	" 13—20 cm Stärke, 3—4 m Länge,	
2	" erlene "	" 37 u. 39 cm Stärke, 4 m Länge,	
117	" eichene Stangenklötzer	" 8—12 cm Stärke, 2—4 m Länge,	
3	" weißbuchene "	" 12 cm Stärke, 4 m Länge,	
1020	" fichtene Derbstangen	" 8—9 cm Stärke,	
585	" " "	" 10—12 " "	
5	" " "	" 13 " "	
600	" Reisstangen	" 3 " "	
400	" "	" 4 " "	
2280	" "	" 5—7 " "	

19 rm eichene Nutzscheite,

sowie

Freitag, den 3. Juli dieses Jahres,
ebenfalls von Vormittags 10 Uhr an

folgende auf Schlägen im Schlangenwinkel Abtheilung 54 und von Durchforstungen und Einzelhölzern in den Abtheilungen 13, 41, 42 und 51 aufbereitete Brennhölzer, als:

306	rm	harte Brennscheite,
9	"	weiche "
26	"	harte Brennknüppel,
76	"	weiche "
256	"	harte Zacken,
513	"	hartes Brennreisig,
4,00	Wllh.	" "
77,00	"	weiches "
4	Langh.	" " III. Cl.,

meistbietend gegen sofortige Bezahlung und unter den vor Beginn der Auction bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Zusammenkunft an beiden Tagen auf dem Holzschlag im Schlangenwinkel Abtheilung 54.

Geldeinnahme nach erfolgtem Zuschlage bez. im Bahnhofsrestaurant.

Auskunft ertheilt die unterzeichnete Revierverwaltung.

Königl. Forstrevierverwaltung Naunhof und Königl. Forstrentamt Wurzen, am 17. Juni 1891.

Neuhof. Geißler.

Holz-Auction.

Im Universitäts-Holze bei Liebertwolkwitz sollen **Donnerstag, den 2. Juli d. Js.,** von Vormittags 10 Uhr an

3 schöne Stämme von 23—33 cm Mittenstärke und 10—14 m Länge,
327 eichene Klötzer von 10—76 cm Ober- bez. Mittenstärke und 2—10 m Länge,
6 aspene Klötzer von 19—24 cm Ober- bez. Mittenstärke und 5—7 m Länge und
7 birkene Klötzer von 16—21 cm Oberstärke und 4 m Länge

auctionsweise verkauft werden.

Kauflustige werden ersucht, zu der angegebenen Zeit **auf dem Kahlschlage in den sogen. „Saulöchern"** der Universitäts-Waldung sich einzufinden. **Die geordneten Anzahlungen sind sofort nach dem Zuschlage zu bewirken.**

Leipzig, am 17. Juni 1891.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Bekanntmachung.

Die mit Pensionsberechtigung versehene Stelle eines **Stadtcassirers und Stadtsteuereinnehmers** der Stadt Markranstädt soll **möglichst bald** anderweit besetzt werden, da dem bisherigen Inhaber ein anderes städtisches Amt verliehen werden soll.

Der Gehalt beträgt 1350 ℳ fürs Jahr, die zu hinterlegende Sicherheit ist auf 600 ℳ festgesetzt worden.

Bewerber, welche mit der Führung der Grundsteuerdocumente und mit den Vor- und Nacharbeiten der Einkommensteuereinschätzung vertraut sind, werden bevorzugt.

Gesuche sind spätestens bis zum 27. dieses Monats bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Markranstädt, am 15. Juni 1891.

Der Bürgermeister.
Keil.

Rußlands auswärtige Politik.

Rußlands Zukunftspläne liegen klar zu Tage, es bereitet sich systematisch auf den Augenblick vor, an welchem ihm die Gunst der Verhältnisse gestatten wird, seine begehrlichen Hände nach Konstantinopel auszustrecken und damit die Schranken zu beseitigen, welche der Ausdehnung und Befestigung seiner Weltherrschaft noch im Wege stehen. Das ist aber ein Zukunftsbild, dessen Bedeutung für die nächsten Jahre wenig ins Gewicht fällt, derartige allgemeine Bestrebungen ohne bestimmte Beziehungen zur Zeitströmung haben nicht das Interesse, was ihnen vielleicht zukommt, unsere schnell lebende Generation verlangt zu wissen, was heute geschieht und was sich für morgen vorbereitet. Darüber ist aber, so weit es Rußland betrifft, nichts oder so gut wie nichts in Erfahrung zu bringen, wir können nur sagen, daß Rußland nach allen Richtungen hin Herr seiner Entschließungen ist, daß es Zurückhaltung zeigt, wo sie ihm angebracht erscheint, und daß es mehr aus sich herausgeht, wenn es ihm beliebt. Daß Rußland nach irgend einer Seite hin besondere Anstrengungen macht, um seine Hinneigung im Gegensatz zu Kälte und Abneigung nach anderer Seite hin hervorzuheben, läßt sich nicht behaupten, denn die Ordensauszeichnungen für Carnot und Freycinet finden ihre Seitenstücke in den gleichartigen Aufmerksamkeiten für den Erzherzog Franz Ferdinand Este und den Reichskanzler v. Caprivi. Rußland kennt weder Bevorzugung, noch Zurücksetzung einer Macht gegenüber einer andern, es bewegt sich frei und schrankenlos in seinem Verhältniß zu den Mächten, und daraus kann man ihm keinen Vorwurf machen, es ist sein gutes Recht und entspricht seiner Machtfülle.

Woher kommt es nun, daß fortgesetzt Versuche gemacht werden, die deutsche Politik Rußland gegenüber als unrichtig auszugeben, als ob von deutscher Seite irgend etwas versäumt würde, was durch die internationale Lage geboten ist, als ob traditionelle Rücksichten vernachlässigt würden oder ein unzweckmäßiges Entgegenkommen gezeigt würde? Es will uns scheinen, daß es einer Macht von der Bedeutung des Deutschen Reiches nicht ziemt, Rußland bei jeder Gelegenheit einen Grad von übermächtigem Einfluß öffentlich zuzugestehen, der ihm wahrscheinlich gar nicht zukommt. Denn die Macht eines Staates beruht nicht in dem Umfang seines Gebietes, nicht in der Zahl seiner Einwohner und seiner Soldaten, sondern auf der Kraft und Entwickelungsfähigkeit der Bevölkerung, auf der Organisation, auf der Harmonie des Zusammenwirkens aller vorhandenen Kräfte und Fähigkeiten.

Gerade diese Harmonie ist in Rußland nicht vorhanden, sie wird künstlich ersetzt durch die Bevorzugung des Altrussenthums vor den Deutsch-Russen, denen Rußland so unendlich viel zu verdanken hat, und durch die alleinige Anerkennung der griechisch-katholischen Kirche unter Verletzung aller anderen Bekenntnisse, besonders des protestantischen Glaubens. Die Zusammenfassung aller verfügbaren Menschenkraft unter dem Druck eines jede selbstständige Regung niederhaltenden Despotismus ist in Rußland zur Staatsraison erhoben, und diese befindet sich in stetem Kampfe mit den Anforderungen der Zeit. Die Ergebung in ein schweres, unabänderliches Schicksal, von welcher die Bevölkerung Rußlands erfaßt ist, wird als das Zeichen der Wirkung einer überlegenen Staatsweisheit aufgefaßt, während sie doch nichts Anderes ist als die natürliche Aeußerung einer Politik, welche früher oder später zum Umsturz des Bestehenden führen muß.

Im Zeitalter der Dampfkraft und der Elektricität ist es nicht möglich, der natürlichen Entwickelung der Völker gewaltsame Schranken zu setzen, diese Nichtachtung der Zeitströmung muß früher oder später eine Wendung herbeiführen, und es fehlt nicht an gefahrdrohenden Anzeichen, daß dieser Ausbruch nahe ist. Man hat Rußland mit Recht als einen Koloß bezeichnet, der auf thönernen Füßen ruht, es fehlt in Rußland an der Grundlage, welche eine schrittweise Fortentwickelung ermöglicht. Entwickelung giebt es eigentlich nur auf dem militairischen Gebiete. Auf diesem werden alle Erfindungen und Errungenschaften der Neuzeit mit überraschender Schnelligkeit angewendet. Rußland überflügelt in dieser Beziehung die Mehrzahl der anderen Mächte. Frankreich fühlt sich zu Aeußerungen des Staunens und der Bewunderung hingerissen durch die ausgezeichneten Leistungen der russischen Armee, auch Kaiser Wilhelm hat seine Anerkennung der Geschicklichkeit, Gewandtheit und Genügsamkeit der russischen Truppen nicht vorenthalten. Das ist Alles blendend, erscheint großartig, aber entbehrt doch der wahren Kraft und Bedeutung, weil die Armee nur die Lichtseiten der Gegenwart Rußlands entfaltet, über die Schattenseiten aber den Schleier breitet. Wenn das russische Heer der wahre Ausdruck der Kraft und Leistungsfähigkeit Rußlands wäre, dann hätte Kaiser Alexander das Geheimniß gelöst, die Volkskraft zur höchsten Entfaltung zu bringen, so aber ist das russische Heer nur ein Ergebniß des Despotismus, welcher überall das beste Material der Bevölkerung für diesen Zweck dienstbar zu machen wußte, ein Volksheer im deutschen Sinne kann Rußland überhaupt nicht schaffen, weil es dem Volke an Begeisterung für die Ziele des russischen Staatswesens fehlt.

Trotzdem ist Rußland eine Macht, welche den übrigen europäischen Mächten große Gefahren für ihre Sicherheit und für ihre ungestörte Entwickelung bereitet, weil sie immer nur auf ihre Grenzen zurückgewiesen, aber niemals im Lande selbst mit Aussicht auf Erfolg bekämpft werden kann.

In dieser Beziehung ist der Feldzug des Jahres 1812 ein warnendes Beispiel für etwaige weitere Versuche nach dieser Richtung. Die Russen haben nicht gezögert, Moskau zu verlassen und in Brand zu stecken, um Napoleon und sein großes Heer der Vernichtung zu weihen, und sie haben ihren Zweck in so vollständiger Weise erreicht, daß die Weltherrschaft Napoleon's I. unter der Wucht der in Rußland erlittenen Niederlage zusammengebrochen ist. Andererseits haben der Krimkrieg und der russisch-türkische Krieg von 1877/78 bewiesen, daß Rußland auch verwundbar und nicht allmächtig ist. Immerhin haben beide Kriege der Macht Rußlands keinen Schaden zugefügt, sie ist heute wieder, wenigstens äußerlich, so in Blüthe, daß sie glaubt, es wohl mit Jedem aufnehmen zu können.

Wir hoffen und wünschen, daß der Kampf mit Rußland noch lange hinausgeschoben bleiben möge, aber wir halten diejenige Politik für gänzlich verfehlt, welche den Schwerpunct der Bestrebungen für die Erhaltung des europäischen Friedens in dem Maße des Entgegenkommens Deutschlands gegen russische Wünsche erblickt. Mit einer Macht von der militairischen Bedeutung Rußlands auf gutem Fuße zu stehen und zu bleiben, ist gewiß ein der Beachtung werthes Ziel, aber dafür die eigene Würde und das Recht der Selbstbestimmung zum Opfer zu bringen, könnte dem Deutschen Reiche niemals zum Vortheil gereichen. Es wird jetzt schon wieder wie nach dem ersten Besuche Kaiser Wilhelm's II. in St. Petersburg viel zu viel von dem etwa im Herbst zu erwartenden Gegenbesuche des Kaisers Alexander in Berlin gesprochen, und es scheint Denen, welche dieses Thema behandeln, zu entgehen, daß sie damit keineswegs der Sache Deutschlands dienen. Wenn Kaiser Alexander Werth auf ein gutes Verhältniß zum Deutschen Reiche legt, so weiß er, was er zu thun hat. Kommt er nach Berlin, so wird er so empfangen werden, wie es dem Gaste des deutschen Kaisers ziemt, hält er einen Gegenbesuch nicht für nöthig, so wird man daraus die Schlußfolgerungen für die russischen Absichten ziehen. Die Frage in der Schwebe zu halten: Kommt er, oder kommt er nicht? scheint uns unangemessen. „Wenn er kommt, dann ist er da", muß unseres Erachtens der Satz lauten.

Leipzig, 21. Juni.

* In der am 18. d. M. unter dem Vorsitz des Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssecretairs des Innern Dr. v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde über mehrere Eingaben in Zoll- und Steuer-Angelegenheiten, wegen Aufhebung des Impfzwanges, sowie wegen Ausführung des Invaliditäts- und Alters-Versicherungsgesetzes Beschluß gefaßt. Der Antrag des Reichskanzlers, betreffend die Vergütung der Kosten für die Bewaffnung des Grenzschutz-Personals, wurde genehmigt. Die vom Reichstage dem Reichskanzler als Material überwiesenen Petitionen der Aachener und Burtscheider Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft und Genossen wegen Ausdehnung des strafrechtlichen Schutzes auf den Pferdebahnbetrieb wurden dem Ausschuß für Justizwesen zur Vorberathung übergeben. Mit der bereits erfolgten Ueberweisung der Entwürfe einer Verordnung zur Ausführung des Patentgesetzes und des Gesetzes, betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern, sowie eines Gesetzes, betreffend die Bestrafung des Sclavenhandels, an die zuständigen Ausschüsse erklärte sich die Versammlung einverstanden und beschloß, dem Gesuch eines Zahlmeisters a. D. wegen Bewilligung einer Gehalts- und Pensions-Erhöhung eine Folge nicht zu geben. — Es verdient Beachtung, daß in dieser auch vom „Reichsanzeiger" wiedergegebenen Mittheilung über die letzte Sitzung des Bundesraths der nach anderen Blättermittheilungen auf der Tagesordnung befindlich gewesene und angeblich dem Justizausschuß überwiesene Antrag Bayerns auf Rückberufung der Redemptoristen nicht erwähnt wird.

* Der Finanzminister Miquel, der Handelsminister v. Berlepsch und wahrscheinlich auch der Staatssecretair des Reichsschatzamts, Freiherr v. Maltzan-Gültz, werden anfangs Juli eine Informationsreise nach Westpreußen und Ostpreußen antreten. Wie verlautet, werden sie auf der Reise am 4. oder 5. Juli, oder an beiden Tagen, in Danzig weilen, sich von hier nach Elbing und am 7. Juli nach Königsberg begeben.

* Die „Post" schreibt: Nach den uns aus den betreffenden Orten zugegangenen Meldungen wird der Kaiser am 26. d. M. in Wilhelmshaven sein, von dort nach Helgoland fahren, wo er am 28. mit der Kaiserin zusammentreffen wird, die den Weg dahin über Hamburg nehmen und von da aus einen Privatdampfer benutzen wird. Von Helgoland werden beide Majestäten auf der „Hohenzollern" die Fahrt nach Amsterdam machen.

* Die statistischen Aufnahmen über die verfügbaren Getreidevorräthe werden von der Regierung fortgesetzt. Es geschieht das nicht, weil die Regierung bezüglich der Richtigkeit ihres am 1. Juni verkündeten Entschlusses wieder schwankend geworden wäre, sondern um gegenüber der fortgesetzten Bewegung zu Gunsten einer zeitweisen Aufhebung der Getreidezölle ein Material zu erlangen, mit dessen Veröffentlichung man eventuell den Nothstandsklagen entgegentreten könnte. Die Aufnahmen haben für die beiden nächsten Monate allwöchentlich stattzufinden. Für die Aufnahmen in der späteren Zeit sind weitere Entschließungen vorbehalten.

* Die Berathung der Handwerkerconferenz ist am Dienstag geschlossen worden. Nach dem Verlauf derselben soll, wie die „Kölnische Zeitung" hört, die Einführung des Innungszwangs seitens der verbündeten Regierungen keine Aussicht auf Verwirklichung haben.

* Die „Badische Landespost" schreibt in einem gegen die „Frankfurter Zeitung" gerichteten Artikel:

„Die „F. Z." erinnert uns an das Programm, auf welches Bismarck gewählt sei. Wir entgegnen, daß die Rede, welche Bismarck aus Anlaß seiner Wahl gehalten hat und welche bis jetzt die einzige von ihm selbst gegebene, zuverlässige Auslassung über seinen Standpunct giebt, für uns maßgebend ist. Darnach ist es durchaus nicht seine Meinung, der Regierung eine systematische Opposition zu machen oder ihr grundsätzlich Schwierigkeiten zu bereiten (etwa nach freisinnigem Muster), wohl aber will er warnen, abmahnen, wenn er die Regierung einen bedenklichen Weg einschlagen sieht. Er will warnen vor dem Sumpfe, wenn ihn die Regierung auf ihrem Wege nicht kennt oder sieht. Was ist dagegen zu sagen? Wer will dies als Unrecht bezeichnen? Welcher reichstreu gesinnte Mann muß sich darin ihm nicht anschließen? Daß er gegen den österreichischen Handelsvertrag Bedenken hatte, das hat der Stellung unserer Regierung gegen Oesterreich eine Kräftigung gegeben im Unterschied von dem Zollgeschrei der Freisinnigen und Demokraten."

* Aus Essen wird der „Frankfurter Zeitung" telegraphisch gemeldet: Soeben erfahre ich von bestinformirter Seite, daß das Verfahren gegen Baare und die Beamten des „Bochumer Vereins" in der Stempelangelegenheit eingestellt worden ist.

* Die „Neue Freie Presse" bespricht den Empfang des Prinzen Ferdinand von Coburg durch den Kaiser und hebt als besonders beachtenswerth hervor, daß der Empfang unter Wahrung des selbstgewählten Incognitos, als Graf Murany, stattfand, wodurch eine politische Mißdeutung in förmlicher Weise ausgeschlossen sei. — Zu dieser Audienz bemerkt die „Nowoje Wremja", diese verliere durch ihre kurze Dauer zwar nicht ihre Wichtigkeit; die dem Coburger unverdient gewordene Ehre werde aber auf die Haltung des Petersburger Cabinets keine Wirkung üben.

* Gegenüber der Meldung der „Venezia" von Verhandlungen zwischen den Cabineten von Wien, Berlin und Rom, betreffend eine gemeinsame Flottenrevue einer österreichisch-ungarischen, deutschen und italienischen Escadre, ist die „Politische Correspondenz" in der Lage, zu versichern, daß in Wiener competenten Kreisen hierüber absolut nichts bekannt ist. Im Uebrigen steht die Meldung, nach welcher die gemeinsame Flottenrevue in Anwesenheit der Kaiser Franz Josef und Wilhelm, sowie des Königs Humbert stattfinden soll, auch im Widerspruche mit dem bekannten Reiseprogramm des Kaisers Wilhelm.

* Inmitten der großen Reformbewegung, welche auf dem Gebiete der ungarischen Comitatsverwaltung soeben im Zuge ist, ließ sich der Ministerpräsident Graf Szapary ganz besonders das Schicksal der Deutschsachsen Siebenbürgens angelegen sein. Parallel mit den geräuschvollen Parlamentsreden, die während der allgemeinen Verhandlung über die Comitatsreform tagtäglich gehalten werden, vollzieht sich geräuschlos zwar, aber um so nachhaltiger ein bedeutsames Stück Consolidationsarbeit in dem Leben des wackeren deutschen Stammes in Siebenbürgen. Herr Gustav v. Thalmann, bisheriger Vicegespan des Hermannstädter Comitates, wird zum Obergespan und zum Sachsengrafen ernannt. Diesem Acte wird sich in nächster Zeit die Ernennung des bekannten sächsischen Abgeordneten Guido von Baußnern zum Obergespan des Fogaraser Comitates anreihen. So wird die altehrwürdige Comesstelle der sächsischen Nation nunmehr nach längerer Vacanz wieder endgiltig besetzt und zwar zur vollsten Befriedigung der Sachsen, denn Herr v. Thalmann ist der Mann nach ihrem Wunsche und Ebenbilde. Das Kronstädter Comitat hatte schon vor Jahresfrist in Herrn Michael v. Maurer einen Obergespan nach seiner Wahl erhalten, und es war schon damals vorhergesehen, daß auf diesen Schritt in der Besetzung der obersten Verwaltungsstellen in den sächsischen Comitaten weitere Schritte folgen sollten, welche gleichfalls den Wünschen der sächsischen Bevölkerung Rechnung zu tragen bestimmt waren. Diese Wandlung vollzog sich gemäß dem politischen Programm, welches die sächsische Volkspartei im vergangenen Sommer proclamirte, das in einer warmen patriotischen Kundgebung für den ungarischen Staat ausgeklungen war und in allen politischen Kreisen im vollsten Maße Würdigung gefunden hatte, Dank der entgegenkommenden Haltung des Grafen Szapary in einer den Sachsen ebenso erfreulichen wie nicht minder der Regierung genehmen Weise. Dieser Vorgang zeigt am besten, daß es bei aufrichtiger Friedensliebe gar nicht schwer fällt, den Frieden auch in Wirklichkeit herzustellen und zu erhalten. Freilich muß diese Friedensliebe auf beiden Seiten in gleichem Maße vorhanden sein. Die Sachsen brachten durch ihr vorjähriges Programm dem Grafen Szapary Vertrauen entgegen, und er erwidert ihnen dasselbe Vertrauen, indem er ihre obersten Verwaltungsstellen durch Angehörige ihres Volksstammes nach ihren Wünschen besetzt. Die staatsmännische Vergangenheit des Grafen Szapary und die nationalen Versöhnungsideen Franz Deak's, welche in dem Grafen Szapary fortleben, erschienen den Sachsen als ausreichende Bürgschaften dafür, daß ihr Vertrauen gut angebracht sein werde. Nun denn, sie haben sich in dieser Hinsicht nicht getäuscht, und ihre Erwartungen gehen in befriedigender Weise in Erfüllung. Vielleicht werden einmal die Rumänen Siebenbürgens zu derselben Einsicht gelangen. Es ist dabei nicht von den Rumänen in ihrer Gesammtheit die Rede, denn diese sind loyale und friedliebende Staatsbürger, die glücklicherweise auch unter dem Mißgeschicke jener Malcontenten und Abenteurer, die sich in verschiedenen Conventikeln und Journalen als politische Erlöser aufspielen, nicht zu leiden haben. Aber diesen letzteren wäre die politische Einsicht und die Reife der Siebenbürger Sachsen sehr zu wünschen. Wenn die rumänischen Volksbeglücker es einmal mit einem ähnlichen politischen Bekenntnisse wie die Deutschsachsen versuchen wollten, könnten sie sich leicht überzeugen, daß der Fehler auch bisher nicht in dem politischen System, sondern in ihren persönlichen Verirrungen und in ihren eigenen politischen Extravaganzen enthalten gewesen ist.

* Das Ministerium Salisbury hat am Donnerstag im Unterhause eine Niederlage erlitten, die zwar, so weit sich bis jetzt überblicken läßt, den Bestand des Ministeriums nicht gefährden wird, aber doch Zeugniß von der Zerfahrenheit ablegt, die in den englischen Regierungskreisen in Bezug auf die Arbeitergesetzgebung herrscht. Man meldet der „Vossischen Zeitung":

London, 19. Juni. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses beantragte anläßlich der Erwägung der von der ständigen Commission vorgenommenen Abänderungen der Fabriken- und Werkstättenvorlage Buxton, liberaler Vertreter des Londoner Wahlbezirks Poplar, einen neuen Artikel, welcher vom 1. Januar